

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP

**zur dritten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten
Entwurfs eines Gesetzes über die Anpassung der Renten der gesetzlichen
Rentenversicherung im Jahr 1982
— Drucksachen 9/458, 9/884 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Hinblick auf die Stellungnahme des Bundesrates zum Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 1982 zu Nr. 18 – Drucksache 9/458 – bekundet der Deutsche Bundestag seine Bereitschaft, im Zusammenhang mit dem Rentenanpassungsgesetz 1983 eine Regelung zum Ausgleich von Nachteilen zu treffen, die jüdischen Verfolgten dadurch entstehen, daß Zeiten einer Berufsausbildung, die diese Verfolgten zwischen 1933 und 1945 im damaligen Reichsgebiet durch die Reichsvertretung der Juden in einer landwirtschaftlichen Kollektivausbildungsstätte oder in einer handwerklichen Lehrwerkstatt erhalten haben („Hachscharah“), nicht in der Rentenversicherung angerechnet werden.

Die Bundesregierung wird daher ersucht, zusammen mit der Vorlage des Entwurfs eines Renten-Anpassungsgesetzes 1983 entsprechende Vorschläge zu machen.

Bonn, den 22. Oktober 1981

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion
Wehner und Fraktion
Mischnick und Fraktion

